

Handelsverband Wohnen und Büro fordert: „Green Deal konkret und praktikabel gestalten“

Donnerstag, 01.12.2022

Die Europäische Kommission hat am 30. November 2022 neue EU-weite Vorschriften für Verpackungen vorgeschlagen, um diese ständig wachsende Abfallquelle anzugehen. Im Durchschnitt fallen aktuell in Europa jährlich fast 180 kg Verpackungsmüll pro Kopf an.

Für Verpackungsmaterialien werden die meisten Primärrohstoffe verwendet, 40% der Kunststoffe und 50% des Papiers in der EU sind dafür bestimmt. Wenn nicht gehandelt würde, käme es laut Kommission in der EU bis 2030 zu einem weiteren Anstieg der Verpackungsabfälle um 19%, bei Verpackungsabfällen aus Kunststoff sogar um 46%.

Bis 2030 würden laut EU-Kommission die vorgeschlagenen Maßnahmen – hierzu gehören u.a. genormte und klar gekennzeichnete Verpackungsformate, Verbot unnötiger Verpackungen, vorgeschriebene Recyclinganteile und verbindliche Pfandsysteme – zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen aus Verpackungen um 23 Mio. Tonnen auf insgesamt 43 Mio. Tonnen führen. Der Wasserverbrauch würde um 1,1 Mio. Kubikmeter zurückgehen und die Kosten der Umweltverschmutzung für Wirtschaft und Gesellschaft würden gegenüber dem Basisszenario 2030 um 6,4 Mrd. Euro gesenkt.

Der Vorschlag soll zudem der Verwirrung ein Ende setzen, welche Verpackung in welchen Recyclingbehälter gehört. Jede Verpackung wird laut EU Kommission mit einem Etikett versehen, aus dem hervorgeht, woraus sie gemacht ist und in welchen Abfallbehälter diese gehört. Überall in der EU werden dieselben Symbole verwendet.

Christian Haeser, Geschäftsführer des Handelsverbands Wohnen und Büro e.V. (HWB), dazu: „Es ist richtig und gut, dass der europäische Gesetzgeber den Green Deal umsetzt und auch im Bereich der Verpackungsreduzierungen agiert. Wiederverwertbare, umweltfreundliche Verpackungen sind natürlich auch im Home- und Livingbereich anzustreben. Die Ausführungen der Kommission dürfen aber auf keinen Fall dazu führen, dass Unternehmen im Wege der Transformation zusätzliche administrative Belastungen aufgebürdet bekommen. Dies führt zu einer Kostenverschärfung, die am Ende des Tages die ohnehin gebeutelten Konsumenten zu tragen haben. Des Weiteren muss ein Augenmerk auf eine realistische und praxisnahe Umsetzung gelegt werden, da der Fachhandel in all seinen Facetten extrem heterogen ist. Es gibt keine Pauschallösung, so gut die Zielsetzung auch sein mag!“

„Green Deal konkret und praktikabel gestalten“